

Schutzbedürftigen helfen, Flüchtlingszahlen begrenzen, Integrationsfähigkeit sichern

Die Flüchtlingskrise ist Folge und Ausdruck einer humanitären Katastrophe. Sie ist die größte Bewährungsprobe für Europa, Deutschland und Berlin. Die CDU Berlin stellt sich dieser Herausforderung. Unser Dank gilt den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den zuständigen Verwaltungen, die sich über die Grenze ihrer Belastbarkeit hinaus für die Flüchtlinge engagieren. Ebenso danken wir den vielen ehrenamtliche Helferinnen und Helfern, ohne deren aufopferungsvollen Einsatz die Lage schon jetzt nicht mehr zu bewältigen wäre.

Viel zu lange hat der Regierende Bürgermeister Müller sich vor der notwendigen Verantwortung geduckt. Nunmehr befasst er sich ausschließlich mit der Erunterbringung der hier ankommenden Flüchtlinge. Dieser ist aber nur ein erster Schritt. Für die CDU Berlin ist klar, dass viel mehr geschehen muss, um die Akzeptanz des Asylrechts zu sichern, die Integration von neu zu uns kommenden Menschen zu ermöglichen und den Zusammenhalt der Gesellschaft zu gewährleisten.

Obdachlosigkeit verhindern

Die Unterbringung aller Schutzsuchenden ist eine Querschnittsaufgabe, die den gesamten Senat fordert. Wir begrüßen, dass dies nun auch der Regierende Bürgermeister Müller erkannt und durch die Formulierung eines neun Punkte umfassenden Maßnahmenkatalogs zum Ausdruck gebracht hat. Die meisten der Forderungen des Maßnahmenkatalogs hat die CDU-Seite im Senat bereits zu Anfang dieses Jahres vorgeschlagen. Daher ist der 9-Punkte-Plan eine Grundlage, über die konstruktiv zu diskutieren ist.

Zudem fordert die CDU Berlin, Funktionszeiten in den mit Flüchtlingen befassten Behörden einzuführen. Zur Sicherstellung der Arbeitsfähigkeit ist die Einführung von 24/7 ein notwendiger Schritt, um die ankommenden Flüchtlinge rund um die Uhr in Unterkünfte vermitteln zu können, Obdachlosigkeit zu verhindern und die notwendigen Sicherheitsüberprüfungen sofort durchzuführen.

Die weitere Belegung von Turnhallen sehen wir mit großer Sorge. Es wäre ein Verlust für unsere Gesellschaft, wenn der Schul- und Vereinssport in unserer Stadt zum Erliegen käme und auch die Integrationsfunktion des Sports und der Sportvereine würde erschwert. Dies wäre zudem geeignet, das Stimmungsklima in der Flüchtlingsfrage zum Negativen zu verändern. Der Umstand, dass ausgerechnet die Nutzung von Turnhallen in einem nie dagewesenen Ausmaß erwogen wird, zeigt, dass Berlin an seiner Kapazitätsgrenze angekommen ist.

Verbindliche Integrationsvereinbarungen mit Flüchtlingen abschließen

Die Verhinderung von Obdachlosigkeit kann nur ein erster Schritt sein. Menschen mit Bleibeperspektive können nicht dauerhaft in Massenunterkünften bleiben. Für eine dezentrale Unterbringung müssen wir eine ganz neue Dimension des Wohnungsneubaus erschließen. Dabei achten wir auf eine gute Durchmischung und wirken einer Ghettobildung entgegen. Es kann nicht darum gehen, Wohnungsbau nur für Flüchtlinge zu betreiben.

Über die Wohnsituation hinaus sind sehr viel weitergehende Maßnahmen erforderlich, denn Integration gelingt nicht immer von alleine. Die Fehler, die im Zusammenhang mit der Ankunft der sogenannten Gastarbeiter gemacht worden sind, dürfen wir nicht wiederholen.

In Berlin streben wir ein Integrations-Bündnis mit allen gesellschaftlichen Kräften an, um die Integration der hier Angekommenen, die eine Bleibeperspektive haben, mit der notwendigen Intensität und dem notwendigen Tempo gewährleisten zu können. Dazu gehört, dass alle öffentlichen Systeme schnell und deutlich verstärkt werden müssen. Gerade die Bezirke müssen personell und organisatorisch in die Lage versetzt werden, diese besondere Herausforderung zu bestehen.

Bei der Auswahl der Sprachmittler sollte darauf Wert gelegt werden, dass diese ihre Qualifikation durch eine Zertifizierung nachweisen und mit der Sprache zugleich die Werte unseres Landes vermitteln.

Um die Arbeitsmarktintegration von Flüchtlingen mit Bleibeperspektive zu erleichtern, fordern wir ein spezielles Programm, das berufsbildende Schulen, Betriebe und Flüchtlinge

zusammenbringt. Nötig sind Bildungsgänge, bei denen Sprache und Berufspraxis verzahnt werden und die in eine Ausbildung münden können.

Die Initiative „Arrivo Berlin“ der Handwerkskammer ist ein Projekt mit Vorbildcharakter. Um die notwendige Breitenwirkung zu erzielen, muss Arbeits- und Integrationsministerin Kolat endlich dafür sorgen, dass über derartige Initiativen deutlich mehr Flüchtlinge erreicht werden.

Integration ist nicht nur ein Angebot unserer Gesellschaft. Wer hier bleiben will, ist zur Integration auch verpflichtet. Daher sollen Flüchtlinge verbindliche Integrationsvereinbarungen eingehen, die das Anerkenntnis der freiheitlich-demokratischen Grundordnung beinhalten. Hierzu zählen die Achtung vor den im Grundgesetz verfassten Menschenrechten, vor allem vor dem Recht der Persönlichkeit auf Leben und freie Entfaltung, die Achtung des staatlichen Gewaltmonopols, der Gleichberechtigung von Mann und Frau und des Existenzrechts Israels. Verstöße gegen die Integrationsvereinbarung sollten mit Einschränkungen im Leistungsbereich bis hin zu Einschränkungen im Statusbereich sanktioniert werden.

Die Achtung des staatlichen Gewaltmonopols, die Gleichberechtigung von Mann und Frau und die religiöse Toleranz sind Eckpfeiler unserer Demokratie. Auf diese zentralen Werte dürfen wir keinen Rabatt geben. Wir treten für unsere Leitkultur mit unseren Werten und Regeln aktiv ein. Wer die Grundwerte unserer Gesellschaft nicht akzeptiert, passt nicht zu uns.

Flüchtlingszahlen begrenzen

Ungeachtet aller Anstrengungen staatlicher und privater Akteure und trotz des bewundernswerten Einsatzes vieler freiwilliger Helfer haben Deutschland und Berlin ihre Belastungsgrenze erreicht. Sowohl der Arbeits- als auch der Wohnungsmarkt und die Sozialsysteme drohen Schaden zu nehmen, wenn der Ansturm der letzten Monate sich ungebremsst fortsetzt.

Um auch weiterhin gesellschaftliche Akzeptanz zu finden und die Aufnahme- und Integrationsfähigkeit langfristig zu sichern, muss die Zahl der Flüchtlinge, die nach Berlin

kommen, deutlich verringert werden. Die Einschätzung des Regierenden Bürgermeisters Müller, die Grenzen der Aufnahmefähigkeit Berlins seien noch lange nicht erreicht, teilen wir nicht.

Die CDU Berlin unterstützt daher die Anstrengungen der Bundesregierung zur Bekämpfung der Fluchtursachen und zur Reduzierung der Flüchtlingszahlen. Hierzu gehören die Unterstützung beim verstärkten Schutz der griechisch-türkischen Grenze und der weiteren Außengrenzen der EU sowie der beschleunigte Abschluss von Rückführungsabkommen mit den Herkunftsstaaten der Migranten.

Zur weiteren Begrenzung des Flüchtlingszuzugs setzen wir uns für eine europäische Kontingentlösung ein. Wer in die EU einreist, muss entsprechend den geltenden europäischen Regelungen umgehend registriert werden, um eine gerechte Verteilung in Europa zu ermöglichen.

Sollte die von der Bundeskanzlerin angestrebte Verhandlungslösung nicht zustande kommen oder keine Wirkung erzielen, werden weitere Maßnahmen erforderlich werden. Die bestehenden Grenzkontrollen müssen durch die Bundespolizei auf die „grüne Grenze“ ausgedehnt und illegale Grenzübertritte unterbunden werden, solange die Schengen-Außengrenzen vor illegaler Zuwanderung nicht geschützt sind und die dazu verpflichteten anderen Mitgliedsstaaten der EU ihrerseits die illegale Durchreisemöglichkeit nicht beendet haben.

Wer aus einem Mitgliedsstaat der EU oder einem anderen sicheren Drittstaat nach Deutschland reist, hat hier nach geltendem Verfassungsrecht keinen Asylanspruch. Diesen Personen ist ebenso wie Personen mit Wiedereinreiseperrn, mit Folgeanträgen oder ohne Mitwirkungsbereitschaft die Einreise zu verweigern.

Es steht zu erwarten, dass in Deutschland anerkannte Flüchtlinge ihre freie Wohnsitzwahl für einen Umzug in große Städte wie Berlin nutzen. Einen dadurch verursachten zusätzlichen Zuzug würde die Integrationskraft Berlins endgültig übersteigen. Wir setzen uns daher für ein neues System ein, nach dem Flüchtlinge solange Unterstützung nur am Ort ihrer Anerkennung bekommen, solange sie nicht für sich und ihre Familienangehörigen selbst sorgen können. Das entlastet die Berliner Bezirke erheblich.

Das Asylrecht ist ein individuelles Recht, kein Kollektivrecht für ganze Völker. Die CDU Berlin unterstützt den Vorschlag, Asylanträge von Syrern wieder im Einzelfall prüfen zu lassen. Für alle Bürgerkriegsflüchtlinge muss gelten, dass grundsätzlich der sogenannte subsidiäre Schutz gemäß dem geltenden EU-Recht gewährt wird. Ferner unterstützen wir ausdrücklich den Vorschlag des Bundesministers des Inneren, Thomas de Maizière, den Familiennachzug auf unbestimmte Zeit auszusetzen.

Durch Aufklärungskampagnen in den Westbalkanstaaten, der Türkei, Afghanistan und anderen Herkunftsländern ist darauf hinzuwirken, dass sich Menschen nicht mit unrealistischen Hoffnungen Schleppern anvertrauen und von ihnen ausbeuten lassen. Viele machen sich auf eine lange, entbehrungsreiche und gefährliche Reise, nur um dann feststellen zu müssen, dass sie keinen Anspruch auf Flüchtlingsschutz haben. Das wollen wir nicht.

Die hohe Zahl der Folgeanträge vom Westbalkan hat gezeigt, dass zu viele Menschen unser Asylrecht missbrauchen, um hier Sozialleistungen zu erhalten. Der Drehtüreffekt aus Ausreise, Wiedereinreise und Folgeantrag muss durch Wiedereinreisesperren verhindert werden. Abgelehnte Asylbewerber sollen durch Folgeanträge ihre Rückführung nicht mehr verzögern können.

Asylverfahren beschleunigen, Nicht-Schutzbedürftige abschieben

Wir begrüßen das von der CDU/CSU-Bundestagsfraktion initiierte Gesetz zur Beschleunigung der Asylverfahren. Durch mehr Personal in den zuständigen Ämtern und eine bessere Zusammenarbeit müssen die Asylverfahren sowie der Zeitraum zwischen Registrierung und Antragstellung erheblich verkürzt werden.

Die Anzahl der unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge nimmt seit mehreren Monaten stark zu. Diese Kinder und Jugendlichen benötigen unseren besonderen Schutz. Wer jedoch diesen besonderen Schutz durch vorsätzliche Falschangaben und Identitätsverschleierung erlangen will, muss mit Sanktionen rechnen. Asylanträge von Flüchtlingen, die sich aufgrund von Unklarheiten bei den Altersfeststellungen nicht untersuchen lassen wollen, sind abzulehnen.

Die konsequente, schnelle Abschiebung von Flüchtlingen ohne Bleibe-Perspektive ist ein wichtiger Baustein, um die aktuelle Herausforderung zu meistern. Wir müssen unsere Ressourcen auf diejenigen konzentrieren, die tatsächlich unsere Unterstützung benötigen. Wer nicht schutzbedürftig ist, muss unsere Stadt und unser Land verlassen.

Ein großer Teil der Asylantragsteller ist nicht schutzbedürftig. Die Gesamtschutzquote bei den Entscheidungen im Jahre 2015 bis einschließlich Oktober liegt nach Angaben des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge bei 41,2 Prozent. Viele Personen, die vollziehbar ausreisepflichtig sind, kommen ihrer Ausreisepflicht nicht nach. Vor diesem Hintergrund muss der Regierende Bürgermeister aufhören, die Bedeutung von Abschiebungen kleinzureden.

Rückführungsmaßnahmen für abgelehnte Asylbewerber und Flüchtlinge müssen intensiviert werden. Die bestehenden umfangreichen Abschiebehindernisse müssen abgebaut werden. Insbesondere dürfen rechtsstaatliche Verfahren nicht dadurch konterkariert werden, dass in großem Umfang Duldungen ausgesprochen werden. Soweit Personen aus gesundheitlichen Gründen nicht abgeschoben werden sollen, darf dies nur von einem Arzt attestiert werden, der vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge zertifiziert wurde.

Die Vollziehung der Ausreisepflichten soll darüber hinaus durch Schaffung von zentralen Ausreisezentren erleichtert werden.

Rechtskräftig zur Ausreise verpflichtete Personen aus sicheren Herkunftsstaaten sollten ein Klageverfahren nur noch von ihrem Herkunftsland aus führen können.

Einen Abschiebestopp für die Winterzeit lehnt die CDU Berlin ab, denn die Plätze werden für jene benötigt, die tatsächlich schutzbedürftig sind.

Antragsteller:

Frank Henkel, Kai Wegner, Burkard Dregger, Thomas Heilmann, Jan-Marco Luczak, Sven Rissmann